

### SV-Report zum 15. März 2019

#### Internationaler Frauentag

Als erstes Bundesland hat Berlin ab 2019 den Internationalen Frauentag am 8. März zum neuen, offiziellen arbeitsfreien Feiertag erhoben. Der Frauentag soll die Politik und die Gesellschaft auffordern, für die Gleichstellung und die Rechte der Frauen einzutreten. Noch immer sind die Benachteiligungen durch die erheblichen Lohnunterschiede zwischen Frauen und Männern sehr groß. Nach Angaben von Eurostat liegt der Gehaltsabstand zwischen Männern und Frauen hierzulande bei 21,0 Prozent. Damit gehört Deutschland zu den Ländern mit dem höchsten Verdienstgefälle in Europa. Die starke Lohnungleichheit benachteiligt Frauen auch sehr stark in den Sozialsystemen.

#### Armut in Deutschland den Kampf ansagen

Mit diesem Appell fordert DIE LINKE den gesetzlichen Mindestlohn auf 12 Euro pro Stunde zu erhöhen, die Mindestrente auf 1.050 Euro festzulegen, Mini- und Midijobs der vollen Sozialversicherungspflicht zu unterwerfen und das Rentenniveau wieder auf 53 Prozent anzuheben. Begründet wird der Antrag mit dem seit 1998 fast kontinuierlich von 11 Prozent auf 16,1 Prozent (2017) gestiegenen Armutsrisiko, weil Niedriglöhne ausgeweitet und Kürzungen bei den sozialen Sicherungssystemen vorgenommen wurden.

Im Januar 2019 ist der Antrag von den Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP abgelehnt worden. DIE GRÜNEN enthielten sich der Stimme.

Die CDU/CSU lehnte den Antrag ab, da Armut mehr als materieller Verlust sei. Die Koalition will die Betroffenen in die Lage versetzen, dass sie Geld selbst verdienen und hat dazu das Qualifizierungsgesetz beschlossen.

Die SPD unterstützt viele Einzelforderungen. Ein Konzept zur Armutsbekämpfung sei das aber nicht. Um Kinder aus der Armut zu holen, müssen

#### Weiterentwicklung der Pflegeversicherung

Einige Länder schlagen dem Bundesrat vor, von der Bundesregierung ein Gesetz zu fordern, das die Leistungssystematik der Pflegeversicherung verändert und die solidarische Finanzierungsbasis verbessert.

Von den Ländern wird vorgeschlagen:

- Die Kosten für die Behandlungspflege von Heimbewohnern aus der Krankenversicherung zu finanzieren
- eine gesetzliche Obergrenze festzulegen für den Eigenanteil der Pflegebedürftigen an den erforderlichen Pflegeleistungen
- eine Begrenzung der Eigenbeiträge und Ergänzung der Beiträge zur Pflegeversicherung durch einen dynamisierten Zuschuss aus dem Bundeshaushalt.

Begründet wird der Entschließungsantrag damit, dass die bessere Bezahlung für mehr Pflegepersonal, die Kosten der Pflegedienste und Pflegeheime erhöht und in der Folge die Eigenbeteiligung der Pflegebedürftigen rapide steigt. Die höhere Vergütung von Pflegefachkräften ergibt rund 2,3 Mrd. Euro. Dadurch steigen die Eigenanteile der Pflegebedürftigen in Pflegeheimen, die aktuell im Bundesdurchschnitt 1.795 Euro monatlich betragen, um rund 120 Euro. Damit steigt ein mit dem

#### Aktuelles zur Pflege



Zur Unterstützung Ihrer Beratung zum Thema Pflege finden Sie in dem Fachbuch „Informationen aus dem Versicherungs-, Finanz- und Vermögensbereich 2019“ neue Zahlen zur Pflegebedürftigkeit, Ausführungen zu den Pflegestärkungsgesetzen, zu den Leistungen für Pflegebedürftige und zur sozialen Absicherung von pflegenden Angehörigen in der häuslichen Pflege.

#### Impressum

Herausgeber: SCHALLÖHR VERLAG GmbH

Milchberg 24 | 82335 Berg am Starnberger See | www.schalloehr-verlag.de | E-Mail: info@schalloehr-verlag.de

Telefon: 08151/ 28798 | Telefax: 08151/ 28666

HRB 163225 Amtsgericht München | Ust.-Nr.:117/138/002 70 | Geschäftsführer: André Schallöhr, Knut M. Schallöhr

© 2019, SCHALLÖHR VERLAG GmbH. Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck und Reproduktion, auch auszugsweise nur mit vorheriger Einwilligung der SCHALLÖHR VERLAG GmbH.

#### Arbeitsmarkt

##### Differenz des durchschnittlichen Bruttoverdienstes von Männern und Frauen

Rumänien	3,5 %
Italien	5,0 %
Luxemburg	5,0 %
Belgien	6,0 %
Polen	7,2 %
EU	16,0 %
Österreich	19,9 %
Verein. Königreich	20,8 %
Deutschland	21,0 %
Tschechien	21,1 %
Estland	25,6 %

Quelle: Eurostat 2017; 5 Länder mit niedrigsten und höchsten Verdienstunterschieden in der EU

#### Soziales

die Familien gestärkt und Chancengleichheit geschaffen werden. Die Koalition stärkt Familien mit dem „Starke-Familien-Gesetz“.

Die AfD kritisierte die Forderung nach einem Kindergeld von 328 Euro im Monat als zu hoch und gab zu bedenken, dass man das Geld, das Erwerbslose zusätzlich erhalten sollen, Erwerbstätigen nehmen müsse.

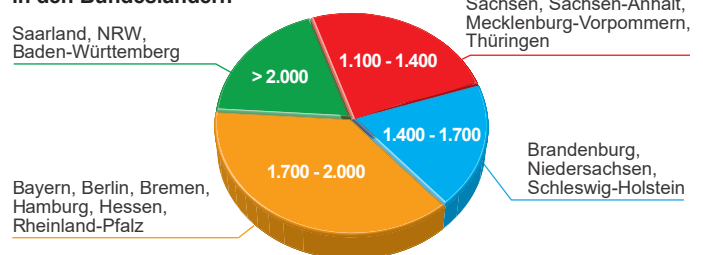
Die FDP erachtet einen breiteren Ansatz zur Armutsbekämpfung als notwendig. Die Betroffenen bräuchten eine Perspektive. Hilfsmaßnahmen für die Allgemeinheit müssten bezahlbar sein. Der Mindestlohn könne nicht beliebig erhöht werden, weil Arbeitsplätze vernichtet würden.

DIE GRÜNEN begrüßen die Ziele des Antrags, nicht aber die vorgeschlagenen Gegenmaßnahmen. Armut sei ein großes Problem. Seit über zehn Jahren gebe es Armut auf Rekordniveau. Den Mindestlohn halten sie auch für zu niedrig, über den jedoch die Mindestlohnkommission entscheiden sollte. Einer sanktionsfreien Mindestsicherung stimmen sie zu. Sie meinen, die sozialen Probleme besser lösen zu können.

#### Pflege

Pflegerisiko verbundenes Armutsrisiko. Schon jetzt beziehen 37 Prozent der rund 300.000 Bewohner stationärer Pflegeeinrichtungen Sozialhilfe. Die Finanzierung der medizinischen Behandlungspflege in Heimen, die sich derzeit auf schätzungsweise 3 Mrd. Euro pro Jahr beläuft, sollte von der Krankenversicherung übernommen werden. Dies würde den Eigenanteil für Pflegebedürftige erheblich reduzieren.

##### Durchschnittlicher Eigenanteil an Pflegeheimkosten (in Euro) in den Bundesländern



Quelle: Verband der Ersatzkassen e.V. (vdek), Stand: Juli 2018

#### Intern

Die Pflege-Drehscheibe (Art. 10) zeigt an, wie das altersabhängige Risiko, pflegebedürftig zu werden, von Frauen und Männern steigt. Neben den bundeseinheitlichen Pflegeversicherungsleistungen sind die hohen durchschnittlichen Kosten von Pflegebedürftigen für die Unterbringung im Heim in den einzelnen Bundesländern aufgeführt.

